

Wirtschaftsministerkonferenz
- Die Vorsitzende -



Die Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz
c/o Bundesrat, 11055 Berlin

Frau
Bundesministerin
Katherina Reiche
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie
10100 Berlin

Berlin, 02. APR. 2026

National-regionale Partnerschaftspläne 2028-2034

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

Wese Katherina,

gerne möchte ich als Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz an unseren konstruktiven Austausch zur EU-Kohäsionspolitik 2028-2034 anknüpfen. Zunächst möchte ich mich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der Länder für Ihre erfolgreiche Unterstützung der Anliegen der Länder im Verhandlungsprozess der Verordnungsvorschläge für 2028-2034 sehr herzlich bedanken.

So zeigt auch der Bericht Ihres Hauses von Januar 2026 zu TOP 24.1. der Amtschefkonferenz der Wirtschaftsministerkonferenz vom 26. November 2025 eine große Übereinstimmung in unseren Auffassungen.

Einen Punkt aus diesem Bericht möchte ich aufgreifen, um uns unseres gemeinsamen Verständnisses zu versichern. Der Bericht spricht von Regionalkapiteln der Länder und meint damit – unterstützt durch mündliche Erläuterungen – ein einziges Regionalkapitel je Land. Dieses Verständnis wäre mit einem weitreichenden Eingriff in die Entscheidungs- und Organisationshoheit der Länder verbunden und widerspräche dem Subsidiaritätsprinzip. Es muss aus Subsidiaritäts- und Effizienzgründen den Ländern überlassen bleiben, wie sie ihre

Briefpostanschrift:
c/o Bundesrat
11055 Berlin

Hausanschrift:
Leipziger Str. 3-4
10117 Berlin

Telefon: 030 189100-0
Durchwahl: -210/-204/-203/-206
Telefax: 030 189100-218
E-Mail: mail-wmk@bundesrat.de

Hinweise zum Datenschutz
finden Sie unter
www.bundesrat.de/datenschutz

Governance auf Landesebene organisieren. Dies muss ihnen auch ermöglichen, selbst über die Anzahl der regionalen Kapitel pro Land zu entscheiden.

In diesem Zusammenhang darf ich den Beschluss der Amtschefkonferenz der Wirtschaftsministerkonferenz am 26. November 2025 in Berlin zitieren: „Die Wirtschaftsministerkonferenz vertritt die Auffassung, dass es den Ländern in eigener Zuständigkeit weiterhin selbst überlassen bleiben muss, wie sie die Umsetzung der kohäsionspolitischen Programme organisieren wollen; sie lehnt zentrale Vorgaben durch Bund oder EU-Kommission dazu ab.“

In Deutschland können die Länder am besten entscheiden, in welcher Weise die regionalen EU-Förderprogramme programmiert, umgesetzt und verwaltet werden. Wir möchten klarstellen, dass die Länder nur dann die Möglichkeit der Fortführung bewährter Strukturen wahrnehmen können, wenn im NRPP die Option für mehrere regionale Kapitel pro Land nicht ausgeschlossen wird. Für einen zügigen Start in die nächste Förderperiode ist es angesichts der Vielzahl von grundlegenden Veränderungen, die in den Verordnungsentwürfen angelegt sind, essentiell, dass die Länder die Option haben, bewährte Verwaltungsstrukturen für die Aufstellung, Änderung und Umsetzung der Kapitel beizubehalten.

Was die Bedeutung und Sichtbarkeit des EFRE in Deutschland anbelangt, so leistet der EFRE seit mehreren Förderperioden einen großen Beitrag zu Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Resilienz, Umwelt- und Klimaschutz sowie einer gelingenden Transformation in Europa. Er adressiert somit die zentralen Schwerpunktthemen und Prioritäten des künftigen MFR. Dafür ist eine angemessene Mittelausstattung erforderlich. Mit Sorge sehen wir daher das erhebliche „ring-fencing“ im NRPP zu Lasten des EFRE. Anders als für andere Politikbereiche wurden für den EFRE im NRPP weder Quoten noch Mindestbeträge festgelegt. Daher halten wir es für dringend geboten, ein weiteres „ring-fencing“ zu Lasten des EFRE zu vermeiden. Die Bedeutung des EFRE für die zukunftsfähige Regionalentwicklung sowie für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Resilienz der EU insgesamt sowohl im MFR als auch bei den Zielen des NRPP sollte deutlicher herausgestellt und seine hohe Relevanz im weiteren Verhandlungsprozess besser sichtbar gemacht werden.

Der EFRE ist das zentrale Wirtschafts- und Strukturförderinstrument der Europäischen Union, mit dem die Länder insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie die regionale Forschungs- und Innovationsförderung adressieren. Sein regionaler Förderansatz wird zukünftig noch relevanter, da die regionalen Herausforderungen immer komplexer und vielschichtiger werden. Daher darf der EFRE, insbesondere in seinen Kernkompetenzen Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, nicht geschwächt werden. Zentral von der EU verwaltete Instrumente in diesen Themenbereichen

erreichen nach den bisherigen Erfahrungen vor allem große Unternehmen und grenzüberschreitend agierende Forschungseinrichtungen, nicht jedoch KMU, die im Zentrum der Kohäsionspolitik stehen. Daher müssen diese Kernkompetenzen des EFRE weiterhin einen hohen Stellenwert in der Regionalpolitik einnehmen.

Wir möchten Sie herzlich bitten, diese Anliegen in den Verhandlungen zu vertreten. Für Ihre Unterstützung in den Abstimmungsprozessen innerhalb der Bundesregierung und gegenüber den europäischen Gesetzgebungsorganen danke ich Ihnen auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der Länder sehr.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
Baden-Württemberg